Pressemitteilung

# Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Wertheim im Wandel

05.07.2017
Im Rahmen der Standortkonzeption des Landes für die Erstaufnahmeeinrichtungen (EA) für Flüchtlinge war die Entscheidung getroffen worden, die Einrichtung in Wertheim zum 30. September dieses Jahres zu schließen.

Die ersten Maßnahmen zur Schließung wurden inzwischen eingeleitet. Die Flüchtlinge werden in den kommenden Wochen Zug um Zug direkt in die Anschlussunterbringungen der Landkreise verlegt oder auf andere Landeseinrichtungen verteilt. Die Belegung der EA in Wertheim, die derzeit bei rund 120 Menschen liegt, wird sich dadurch über den Sommer hinweg nach und nach reduzieren. Bis zum 30. September werden alle Flüchtlinge die EA verlassen haben.

Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums vor Ort bedeutet die Schließung eine Veränderung. Räumlich werden sie weiterhin im Verwaltungsgebäude der bisherigen EA untergebracht sein. Allerdings werden sie dort künftig ganz unterschiedliche neue Aufgaben bearbeiten.

„Ich freue mich sehr, dass wir für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine gute Lösung gefunden haben. Das Personal in der Dienststelle in Wertheim kann nach der Schließung der Flüchtlingsunterkunft ihre Arbeit nahtlos weiterführen“, sagte Regierungspräsident Wolfgang Reimer.

So würden künftig beispielsweise Aufgaben der Abteilung „Steuerung, Verwaltung und Bevölkerungsschutz“ und der Abteilung „Straßenwesen und Verkehr“ in Wertheim von den dortigen Beschäftigten bearbeitet werden.

Eine wichtige neue Aufgabe wird auch die Förderung der Integrationsmanager im Rahmen des „Pakts für Integration“, ein Förderprogramm des Ministeriums für Soziales und Integration, sein. Der Startschuss der Förderung erfolgt in den kommenden Wochen. Die Abwicklung des Förderverfahrens sowie die Auszahlung der Fördergelder übernimmt das Regierungspräsidium Stuttgart mit der Dienststelle in Wertheim.

„Die Begleitung der Umsetzung dieses neuen Förderprogramms und die weitere Abwicklung ist eine wichtige und spannende Aufgabe, der wir uns gerne stellen und das Sozial- und Integrationsministerium bei der Durchführung unterstützen“, erläutert der Regierungspräsident. Es sei besonders erfreulich, dass die überaus motivierten Beschäftigten in Wertheim dadurch nun auch an der weiteren Integration der Flüchtlinge beteiligt sein würden, so Reimer. „Zusätzlich stärken wir durch diese Außenstelle auch den Ländlichen Raum, indem wir als Regierungspräsidium Stuttgart auch in der Fläche mit einer Dienststelle präsent sind“, betonte Reimer.

## Hintergrundinformationen

Maßgeblich für die im Rahmen der Standortkonzeption des Landes für die Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge gefassten Entscheidungen sind ein flexibles System, die zurückgehenden Flüchtlingszahlen und die zukünftige Strukturierung der landesweiten Erstunterbringung. Neben dem Ankunftszentrum in Heidelberg soll es in jedem der vier Regierungsbezirke künftig noch eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) geben. Für den Regierungsbezirk Stuttgart soll dies die LEA in Ellwangen werden. Damit einher geht die Aufgabe der EA in Wertheim zum 30. September diesen Jahres.

Kernpunkt des Pakts für Integration ist die Finanzierung von rund 1.000 Integrationsmanagern bei den Kommunen in Baden-Württemberg. Diese sollen die Flüchtlinge bei ihrer Eingliederung vor Ort unterstützen. Mit dem Pakt stellt das Land den Städten und Gemeinden für die Jahre 2017 und 2018 eine Fördersumme von insgesamt 320 Millionen Euro zur Verfügung. Pauschal erfolgt mit 180 Millionen Euro eine Entlastung bei den Kosten für die Anschlussunterbringung. 140 Millionen Euro fließen in konkrete Integrationsförderprogramme und -maßnahmen vor Ort mit Schwerpunkt auf das Integrationsmanagement.

Kategorie:

Abteilung 1 Flüchtlinge